

**Antrag A-01  
UB Duisburg****Empfehlung der Antragskommission  
Erledigt durch Koalitionsvertrag Bund 2021****Der Landesparteitag möge beschließen:****Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik und NEIN zur atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr**

- 1 1. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für einen  
2 Abzug aller Atomwaffen aus der Bundes-  
3 republik und eine Ablehnung der atomwaffen-  
4 unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr ein.
- 5 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert,  
6 diese Haltung in der Großen Koalition konsequent  
7 zu vertreten und entsprechende Entscheidungen  
8 zu treffen.
- 9 3. Die SPD wird diese Haltung auch in künftigen Ko-  
10 alitionsverhandlungen vertreten und keine Koali-  
11 tionsverträge mit anderslautenden Festlegungen  
12 schließen.
- 13 4. Die SPD wird diese friedenspolitische Forderung  
14 im nächsten Bundestagswahlkampf aufgreifen  
15 und thematisieren.

16

**17 Begründung**

18

19 Der aktuelle Streit in der Großen Koalition um die Neu-  
20 beschaffung von Kampfflugzeugen, die geeignet sind,  
21 US-Atombomben zu ihren „Zielen“ zu transportieren,  
22 hat ein Thema wieder ins öffentliche Bewusstsein zu-  
23 rückgerufen, welches lange Zeit keine besondere Auf-  
24 merksamkeit mehr erfahren hat: die militärische und si-  
25 cherheitspolitische Standortbestimmung der Bundesre-  
26 publik.

27

28 In diesem Streit haben der SPD-  
29 Bundestagsfraktionsvorsitzende und der SPD-  
30 Bundesvorsitzende bereits deutlich gemacht, dass  
31 sie diese Nachrüstung und auch die Stationierung der  
32 US-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden  
33 ablehnen. Insgesamt zeigt sich die SPD-Spitze aber in  
34 dieser Frage alles andere als geschlossen, weshalb eine  
35 Grundsatzentscheidung und Positionierung der Partei  
36 in dieser Frage zu diskutieren und herbeizuführen sind.

37

38 Die Duisburger SPD sieht sich in dieser Frage konsequent  
39 in der langen friedenspolitischen Tradition der Partei,  
40 die in den letzten Jahrzehnten u.a. gekennzeichnet  
41 war durch die Entspannungs- und Friedenspolitik Wil-  
42 ly Brandts, der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses  
43 (auch auf die Gefahr und letztlich mit der Konsequenz  
44 des Machtverlustes) und dem entschiedenen Nein der  
45 rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zum Irak-  
46 Krieg. Es war seit 1945 über Jahrzehnte hinweg gesell-  
47 schaftspolitischer Konsens in Ost und West, dass von

48 deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Die  
49 Bundesrepublik hat es sich auch nach der Wiedervereinigung und der Herstellung voller staatlicher Souveränität daher zu Recht nie leichtgemacht, ihren Bündnisverpflichtungen durch aktive Auslands- und Kampfeinsätze nachzukommen. Allen gingen letztlich leidenschaftliche Debatten und am Ende legitimierende Bundestagsbeschlüsse voraus.

56

57 Ohne die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik in Zweifel stellen und eine stärkere internationale Verantwortung als noch vor 1989 negieren zu wollen, bleibt es mit Blick auf die jüngere deutsche Geschichte doch dabei, dass es auch eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik für die Friedenerhaltung und gegenüber den besonders Leidtragenden des 2. Weltkrieges - insbesondere dem jüdischen Volk und Russland - gibt. Wenn heute im Rahmen von NATO-Manövern an der russischen Grenze wieder deutsche Panzer auffahren (wie 2019 in Litauen), zeugt dies von wenig historischer Sensibilität und Verantwortung. Gleiches gilt zweifellos für die auf deutschem Boden stationierten US-Atomwaffen, die auch noch durch deutsche Kampfflugzeuge transportiert werden sollen - dass gerade von der Bundesrepublik eine atomare Bedrohung für Russland ausgehen soll, zeigt in erschreckendem Maße, wie sehr das Denken des „Kalten Kriegs“ in den Köpfen vieler Verantwortlicher noch präsent zu sein scheint.

76

77 Spätestens die US-amerikanische Außenpolitik im Vorfeld und im Zuge des Irak-Krieges hat gezeigt, dass die USA-Administrationen Partnerschaft und gleichberechtigte Teilhabe in der NATO recht einseitig im Sinne ihrer Interessenlagen definieren. Mit der Präsidentschaft Donald Trumps haben die Unberechenbarkeit und Partnerschaftsdefinition der USA nunmehr ein Niveau erreicht, das Anlass zur Sorge geben muss. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf Mützenich, hat dazu ausgeführt, die Regierung Trump habe zwischenzeitlich verkündet, dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen seien, mit denen man Kriege führen könne. Die USA behielten sich vor, auf Bedrohungen, zum Beispiel auch durch Cyber-Angriffe, mit nuklearen Vergeltungsschlägen zu reagieren. Auch der Ersteinsatz sei nicht vom Tisch. Zudem habe die US-Regierung angekündigt, die in Deutschland lagernden Atomwaffen durch modernisierte, zielgenauere atomare Lenkwaffen ersetzen zu wollen. Damit sei das Eskalationsrisiko unüberschaubar geworden.

97

98 Statt sich für Nach- und Aufrüstung einzusetzen, wäre es angesichts eines weltweiten Wettrüstens, in das 2018 nahezu zwei Billionen US-Dollar geflossen sind, drin-

101 gend an der Zeit, sich wieder verstärkt dem Thema „Ab-  
102 rüstung“ zu widmen. Die Forderung des Abzuges der  
103 Atomwaffen aus Deutschland und der Verzicht auf die  
104 Nachrüstung der Trägersysteme könnte hier ein erstes  
105 starkes Signal setzen und den Anstoß für weitere Ab-  
106 rüstungsinitiativen geben. Es stünde der Bundesrepu-  
107 blik gut an, hier eine Führungsrolle zu übernehmen und  
108 dafür Partner zu gewinnen – sowohl in der EU, als auch  
109 in der NATO und international.

110

111 Auch mit Blick auf eine neue inhaltliche Ausrichtung  
112 der SPD und dem nächsten Bundestagswahlkampf emp-  
113 fiehlt es sich, das lange aus dem Blickfeld verschwunde-  
114 ne Thema „Friedenspolitik“ wieder aufzugreifen – denn  
115 immer, wenn sich die SPD glaubwürdig dieses tradi-  
116 tionellen Kernthemas angenommen hat, vermochte sie  
117 Menschen für sich zu begeistern und zu mobilisieren.